

2025-10-01

„Klimaneutral“ wird zu „natur-positiv“

Kommentar von Martia Binnig

Es ist keine einfache Zeit für Konzerne, die sich politisch opportun verhalten wollen. Denn während US-Präsident Donald Trump die Klimaideologie längst beendet hat, hält die Europäische Union unbeirrt daran fest. Was also auf dem US-amerikanischen Markt künftig Erfolg hat, ist in Europa möglicherweise ein Flop. Und umgekehrt. Diese ambivalente Tendenz macht auch vor dem Weltwirtschaftsforum (WEF) nicht halt. Die Stiftung mit Sitz in der Schweiz versteht sich als Netzwerk der rund tausend weltweit wichtigsten Unternehmen und hat in den vergangenen fünf Jahrzehnten unter ihrem Spiritus Rector Klaus Schwab erheblichen politischen Einfluss gewonnen. Bekanntlich wurde Schwab jedoch unlängst regelrecht gefeuert – vielleicht, weil er einem Richtungswechsel des WEF im Weg stand? Dafür spricht zumindest, dass Larry Fink – Chef des gigantischen Vermögensverwalters Blackrock – zusammen mit dem Vizepräsidenten des Pharmariesen Roche übergangsweise die Leitung des WEF übernommen hat. Fink ist stets und ausschließlich auf der Suche nach den besten Geschäftsmöglichkeiten für seine zahlungskräftige Kundschaft, auch wenn er dabei einander widersprechenden Zielen dienen muss. Selbstverständlich reagiert Fink auf die Zeichen der Zeit und hat Blackrock schon Anfang des Jahres aus einem Bündnis für klimafreundliche Investitionen zurückgezogen. Gut möglich, dass Schwab ihm zu unbeweglich und zu sehr der EU-Linie verhaftet war.

So ganz will das WEF den Klimamarkt aber auch unter Finks Führung noch nicht verlassen. Im Rahmen der diesjährigen UN-Generalversammlung in New York richtete das WEF daher Ende September mehrere Treffen aus, bei denen es um Maßnahmen zur Förderung der sogenannten Nachhaltigkeitsziele ging. Diese Ziele wurden von den Vereinten Nationen bereits 2015 in der Agenda 2030 vereinbart und laufen auf einen totalen Umbau von Wirtschaft und Gesellschaft in Richtung Klimaneutralität hinaus. Sprich: auf Zerstörung pur, um danach neue Märkte aufbauen zu können. Bei einem dieser Panels stellte das WEF jedoch nun fest, dass die Nationen ihre Prioritäten in Bezug auf Energiesicherheit, Kosten und industrielle Wettbewerbsfähigkeit neu kalibrieren müssten. Mit anderen Worten: Das WEF beginnt offenbar damit, eine gesichtswahrende Neujustierung der „Energiewende“ einzuläuten, während es gleichzeitig noch einmal das Geschäftsfeld der mit „Klimaneutralität“ verbundenen Technologien abgrast.

Besonders auffällig ist in diesem Zusammenhang eine Begriffsverschiebung, die sich durch die aktuellen Publikationen des Forums zieht. So ist überall von einer „natur-positiven Zukunft“ die Rede. Und nicht mehr von einer „klimaneutralen“. Frei nach dem Motto

„Raider heißt jetzt Twix, sonst ändert sich nix“ ist aus „klimaneutral“ jetzt also „natur-positiv“ geworden. Laut WEF hat dieser „natur-positive“ Ansatz das Potenzial, Kosteneinsparungen und Umsatzsteigerungen in Höhe von bis zu 800 Milliarden US-Dollar auf dem Technologiesektor zu erzielen. Und nur darum geht es. Das WEF sucht nämlich gezielt die Verbindung von Umwelttechnologien mit künstlicher Intelligenz. So könnten zum Beispiel meteorologische Messwerte mit Daten von tragbaren Gesundheitstrackern kombiniert werden und über generative KI-Plattformen rund um die Uhr entsprechende Klimarisikovorhersagen getroffen werden. Indem der Gesundheits-, der Nachhaltigkeits- und der KI-Markt miteinander verknüpft werden, könnte es unauffälliger gelingen, die Klimaideologie nach und nach aufzugeben. Solange dies jedoch noch nicht der Fall ist, dürfen grüne Politiker gerne weiterhin Statistenrollen spielen. Wie etwa Annalena Baerbock, die just zur Präsidentin der UN-Vollversammlung vereidigt worden ist und zugleich Mitglied im WEF-Programm „Young Global Leaders“ ist. Auf diese Weise wird Weltpolitik zunehmend privatisiert und in die Hände von Konzernen, Investoren, Vermögensverwaltern und den ihnen zuarbeitenden supranational agierenden Organisationen gelegt. Derartige öffentlich-private Regierungsformen haben allerdings nur noch wenig mit Demokratie und Rechtsstaatlichkeit zu tun.